



Prof. Dr. Klaus Neumann

Urbane Freiräume im Wandel

Paradigmenwechsel beim öffentlichen Grün- und Freiraum



Seit den Anfängen der urbanen europäischen Freiraum- und Landschaftsgestaltung vor ca. 150 Jahren wurde Einzigartiges geschaffen. Dieses grüne Erbe des *Gestern* stellt *heute* eine besondere Qualität für Stadt und Land von *morgen* dar. Eine Qualität für ihre Bewohner und Touristen, für potenzielle Investoren, für Industrie, Handel und Gewerbe. Ein schier unbezahlbarer „weicher Standortfaktor“, den uns unsere Vorfahren hinterlassen haben. Aber: Dieses Natur- und Kulturgut ist vielfältig existenziell bedroht und steht vor einem grundlegenden funktionalen wie ästhetischen Paradigmenwechsel.

Zwischen Wirtschaftsökonomie, Wohlfahrtsökonomie, Überlebensökonomie

Im wirtschaftlichen Bereich äußern sich Werte in Form von Preisen: Wer etwas wertschätzt, ist bereit, dafür einen Preis zu entrichten. Für das städtische Grün versagt dieser Mechanismus. Der Wert des städtischen Grüns schlägt sich nicht in Preisen nieder. Es entsteht ein externer Nutzen, frei nach dem Motto: Der eine zahlt (die Kosten) – der andere zählt (die Rendite). Man leistet sich etwas und man zahlt indirekt durch Steuern dafür. Das Hauptproblem besteht darin, dass die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten einer Fläche wirtschaftlich nicht gleichwertig sind. Während sich mit intensiven Nutzungsmöglichkeiten durch Bebauung oder Gewerbeflächen geldmäßige Erträge erwirtschaften lassen, ist dies für die extensive Nutzungsmöglichkeit einer Grünanlage nicht gegeben. Nutzen und Erträge von „Grün“ zeigen sich nicht direkt im Finanz- und Haushaltsbudget. In der Rechnungslegung von Kommunen, von Handel, Industrie oder im Immobiliensektor erscheinen nur die Kosten für Pflege und Unterhaltung. Somit erhöht sich der Druck auf den Grünraum, weil sich

- die intensiveren (d.h. geldmarktwerten) Nutzungen als die wirtschaftlicheren Alternativen darstellen und
- die Aufwendungen für den nicht geldmarktwerten Nutzen des Grüns als zu hoch und häufig unrentabel eingestuft werden.

Konsequenz: Auf der Streichliste kommunaler Haushälter und Finanzexperten steht fast immer der „Kostenfaktor Grün“ an vorderster Stelle. Und das insbesondere, wenn es um angemessene dauerhafte Pflege- und Unterhaltungsaufwendungen geht, welche über den rechtlichen Imperativ der Verkehrssicherungspflicht hinausgehen.

Während für die elementare „Hardware“ des Grüns wie Bäume, Sträucher, Rasen monetäre Wertermittlungsverfahren Bedeutung haben (z.B. Ermittlung eines Baumschadens infolge Kfz-Beschädigung), entzieht sich die kulturelle, raumbedeutsame, nutzungsorientierte und ökologische Wertigkeit solchen merkantilen Bewertungsmechanismen. Die Wertdarstellung des Grüns lässt sich daher vorwiegend vom Argumentationsfeld wohlfahrtsökonomischer Zielsetzungen leiten, die besonders dann zum überzeugenden Argument wird, wenn neben geringen eigenen Haushaltsmitteln externe Fördermittel greifbar sind. Ansonsten gilt das Grün der Stadt weithin primär als Kostenfaktor. Man ist sich der Opportunitätskosten der alternativen Nutzung des Bodens bewusst, bindet jedoch kaum die Erholungs-, Schutz-, und Optionsfunktion oder den Existenz- und Vermächtniswert des Grünraums in fiskalpolitische Entscheidungen ein. Diese verzerrte Optik führt oft zu verzerrten Kosten-Nutzen-Betrachtungen und zu falscher Einschätzung des Wertes von Grün (Schelbert 1997).

Der urbane Raum: Von Vielem zu viel und von Wenigem zu wenig

Einem jahrzehntelangen progressiven Wachstum von Gesellschaft, Wirtschaft, Industrie, von Bau- und Verkehrsflächen, aber auch von städtischen Grün- und Freiflächen bei gleichzeitig steigender baubedingter Inanspruchnahme von Natur, folgt die planerische Kontradiktion. Seit der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts setzt ein Niedergang der traditionellen Industriezweige einhergehend mit der Veränderung des demografischen Zustands ein. Nach Berechnung des Statistischen Bundesamtes (2010) wird die Einwohnerzahl Deutschlands von heute rd. 82 Millionen Menschen bis zum Jahr 2060 auf circa 65 bis 70 Millionen sinken. Die Zahl der Erwerbsfähigen wird von derzeit 50 Millionen um ca. ein Drittel ab-

nehmen. Kommen heute 34 Senioren im Alter von 65 Jahren und älter auf 100 Personen im Erwerbsalter, werden dies im Jahre 2030 über 50, 2060 zwischen 63 und 67 Personen sein (vgl. Tab.1). Besonders nachhaltig wird diese Entwicklung den Osten Deutschlands verändern. Dort wird die Bevölkerungszahl fast viermal so stark sinken wie im Westen. Im Jahr 2030 werden in Ostdeutschland voraussichtlich 15% weniger Menschen leben als im Jahr 2008, bis zum Jahr 2016 wird es einen zusätzlichen Abrissbedarf von rund 35.000 Wohnungen geben (Dellmann, 2009). Notation im Berliner Tagesspiegel: „Jährlich wandert eine Kleinstadt ab, Brandenburg verliert 15.000 Menschen ab 2015“.

Merkmal	Variante „mittlere“ Bevölkerung (in 1000)			
	2008	2020	2030	2060
Untergrenze	82.005	79.914	77.350	64.651
Obergrenze	82.002	80.437	79.025	70.120

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung bis 2060

In den westlichen Flächenländern wird der Rückgang nur bei 4% liegen, dennoch werden auch dort schrumpfende Städte zusehends ein Problem (Bundesregierung 2009). Nur in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin dürfte die Bevölkerungszahl fast stabil bleiben. Außerdem wird im Osten der Anteil älterer Menschen wesentlich schneller zunehmen als im Westen. Schon 2030 wird jeder dritte Ostdeutsche 65 Jahre oder älter sein. Im Westen wird dies erst 2060 der Fall sein.

- Dass diese Veränderungen auf Arbeitsmarkt und Rentenstrukturen Auswirkungen haben, ist bekannt. Bereits heute ist ersichtlich, dass sich im Sozialbereich das Verhältnis von Pfleger zu pflegebedürftigen Menschen von 1:9 im Jahre 1999 auf 1:17 bis zum Jahr 2050 erhöhen wird.
- Dass solche Entwicklungen auf Wohnungsmarkt und Infrastruktur dramatische Auswirkungen haben werden, aber auch einen beträchtlichen Einfluss auf öffentliche Grün- und Freiräume ausüben, erscheint nachvollziehbar. Degressives Wachstum, d.h. weniger Menschen, weniger Bedarf an Industrie-, Gewerbe- und Wohnungsflächen, vielerorts weniger Bedarf an Schulen, Kirchen und Friedhöfen führt zu einem progressiven Wachstum an naturhaften Freiflächen (vgl. Abb.1). Gleichzeitig bringen Globalisierung und das Zusammenwachsen Europas neue multikulturelle gesellschaftliche Strukturen und Bevölkerungsschichten, die mit anderen kulturellen Ansprüchen die Stadtplanung und auch das städtische Grün vor neue Herausforderungen stellen. Mittlerweile befinden sich viele Regionen in einer Situation, in der sie von *Vielem zu viel* und von *Wenigem zu wenig* haben.
- Das *Zuviel* betrifft die kommunale „Hardware“, d.h.
- Baulichkeiten (leer stehende Immobilien, ehemalige Fabrik- und Industriegebäude, Schulen, Kirchen)

- Flächen (Brachflächen, Friedhöfe, Bahn-, Militär-, Industrie-Gewerbeanlagen, Hafengebiete) und
- zahlreiche administrative Verantwortlichkeiten und Regelungen (Richtwerte für Freianlagen, Spielplätze, Friedhöfe, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen). Der Tagesspiegel in Berlin berichtet im Oktober 2004 „Grünende Landschaften – 6.300 ha Parkflächen hat Berlin – und es werden mehr. Bauboom und Ausgleichszahlungen von Investoren machen's möglich“ (Oloew, 2004).
- Das *Zuwenig* betrifft die dringend benötigte „Software“, d.h. Menschen und Arbeitsplätze. Es betrifft aber auch ein individuelles Verantwortungsbewusstsein mit einem gesellschaftlichen Dienstleistungsgedanken für die eigene Stadt, für das eigene Wohn- und Arbeitsumfeld. Dieses Defizit wird immer offensichtlicher, der Ruf nach Vater Staat, nach Obrigkeitsverantwortung ist weiterhin dominierend beim Umgang mit Stadt und (Frei-)Raum.

Angesichts dieser tief greifenden Veränderungen und Ansprüche entsteht eine neue Stadtdynamik, die es erfordert, zukünftig anders mit der Stadtstruktur und dem Grün der Stadt umzugehen.

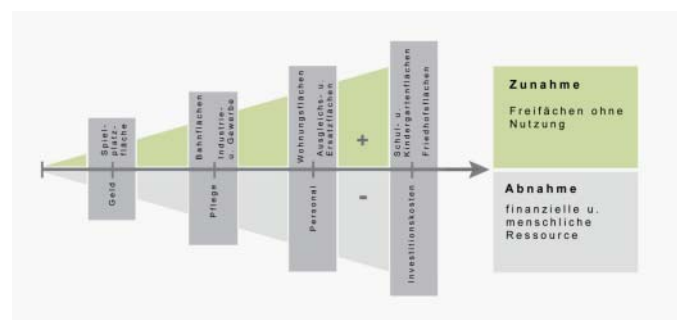


Abb. 1: Degressives/Progressives Wachstum

Von der Zwiebel zur Glocke – Von der Quantität zur Qualität – Vom Kosten- zum Wertfaktor

Beim öffentlichen Freiraum ist dieser inhaltliche Wandel geprägt durch einen weiteren tiefgreifenden Paradigmenwechsel, der sich mit dem strategischen Vorgehen beim Wirtschaftsmarketing „Von der Zwiebel zur Glocke“ vergleichen lässt (Neumann, 2006) (vgl. Abb. 2). Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten für Qualität und Quantität der öffentlichen Natur-, Grün- und Parkräume, für die traditionell über Jahrzehnte staatliches und städtisches Denken und Handeln kennzeichnend gewesen sind, werden zunehmend verlagert. Dieses wird mittelfristig einerseits zur Entstehung eines oberen, ebenso qualitativ anspruchsvollen und wie kostenintensiven Segmentes führen. Andererseits werden sich in einem unteren Bereich einfache, preiswerte und auf niedrigerem Niveau strukturierte Handlungs- und Aktionsfelder entwickeln. Mit dieser Segmentierung in einen oberen und einen unteren Markt werden sich der öffentlichen Grün- und Freiraum (d.h. kommu-



nale Fachämter) ebenso auseinandersetzen müssen (Stichwort „Pflegeklasseneinteilung“) wie die Unternehmen im Garten- und Landschaftsbau sowie die Profession der Landschafts- und Freiraumplaner. Dabei werden Privatisierungs- und Kommerzialisierungstendenzen, andere Betriebs- und Konzernstrukturen, finanzielle Partizipationsmodelle ebenso zu erörtern sein wie Lösungsansätze für neue Nutzungsstrukturen, gewünschte, aber nicht finanzierbare städtische Grünqualitäten oder Finanzierungsoptionen im Umgang mit dem Privatkunden.

Bei der Stadt von morgen, dem sozialen Quartier der Zukunft gilt: Nicht mehr vorrangig die Versorgung (die Masse, die Quantität) zählt – wie in den bald 60 Jahren der deutschen Nachkriegs- und Stadtaufbauphase. Was zählt, ist nur die Qualität. Es ist ein Wandel vom „Versorgungs- zum Erlebnisaspekt“. „Erlebnis“ dabei für die emotionale Qualität der Stadt, für Wohn-, Lebens- und Arbeitsqualität, die im Wohnumfeld anfängt, die im Straßen- und Quartiersraum ebenso bedeutsam ist wie im gesamtstädtischen Kontext als Wirtschafts- und Tourismusfaktor. In diesem Kontext der neuen qualitativen Wertschätzung und der Wertschöpfung urbaner Grün- und Freiräume wandeln sich Parkanlagen und grüne urbane Stadtqualitäten immer mehr vom Kosten- zum Wertfaktor (Neumann, 2005). Damit verbunden sind neue Strategien und Kompetenzen sowie neue administrative und rechtliche Anforderungen. Es ein Paradigmenwechsel im Umgang mit dem öffentlichen Grün der Stadt, der z.B. durch fünf Phänomene geprägt wird.

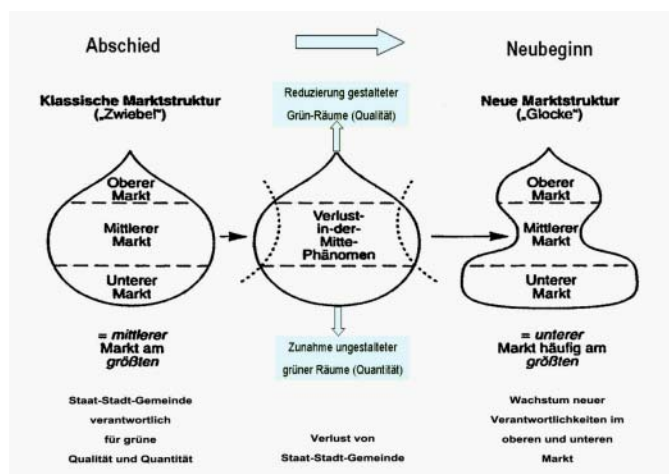


Abb. 2: Von der Zwiebel zur Glocke

Vom Kosten- zum Wertfaktor, die Landschaft als Gesetz der Stadtentwicklung

Wurden die Wertigkeiten urbanen Grüns zunächst als „moralisch-religiöse Werte“, dann als kulturell-historische Relikte und letztlich als „grüne Lungen mit ökologischen Notwendigkeiten“ bestimmt – signifikant durch primär materiell ökologische Wertdeterminanten wie Artenzahl, Biomasse, Grünvolumen, Stammumfang, Versiegelungsgrad (Neumann, 2005) –, erlangen zunehmend immaterielle Aspekte eines urbanen



Abb. 3: Wertewandel im öffentlichen Grün

Stadt- und Freiraummarketings mit ökonomischen Wertschöpfungsaspekten an Bedeutung (vgl. Abb. 3).

Nur: Die Grenzen sind fließend geworden. In die durchlässig gewordenen Städte fällt „Landschaft“ ein, genauso wie sich die Städte ihrerseits mit neuen alten Brachen öffnen (Wiens, 2009). Dabei werden zunehmend – mangels Bedarf an baulicher Hardware, mangels ökonomischer Kapazitäten und mangels funktionaler Erfordernisse – urbane Natur und Landschaft als Rettungsanker zukünftiger Stadtstrukturen etabliert. Ulla Luther, ehemalige Leitende Senatsrätin bei der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, plädiert demzufolge in einem Beitrag zur Stadtmitte und zum Molkenmarkt in Berlin (Stimmann, 2009): „(...) nicht dauernd Grünflächen zu bauen, weil uns nichts Besseres einfällt. Wer mit dem Flugzeug nach Berlin kommen, habe sowieso schon das Gefühl, er lande im Wald.“

- Ob die Zielsuche nach städtebaulichen Lösungen im Berliner Kulturforum, Motto: „Grün ist die Rettung“ (Jaeger, 2010),
- ob der Wartestand beim Schlossplatz in der Berliner Mitte: „Der Holzweg führt durch Zwischengrün“ (Schultheiss, 2006) Konzeptsuche,
- ob die zukünftigen Nutzungen der ehemaligen Flughäfen München-Riem, Berlin-Tempelhof, demnächst Berlin-Tegel durch Gartenschau- und Freizeitpark-Projekte,
- ob die Nachnutzungen der ehemaligen New Yorker High-Line Hochbahn in einen Park (Abb. 4)
- oder die neuen Flächennutzungen nach erfolgtem Wohnungsabriss, Beispiel Guben (Abb. 5):

Die Lösung(suche) vieler ehemaliger stadt- und gesellschafts-ökonomisch bedeutsamer Stadtflächen liegt im Grün, einer Nutzung, welche sich mangels quantitativen Bedarfs oftmals kaum ableiten lässt – als segenbringender neuer Image- und Wertfaktor aber etabliert und somit von hoher Qualität sein muss.



Abb. 4: Highline Park New York auf ehemaliger Stadtbahntrasse

Vom Staat zum Bürger

In den letzten Jahrzehnten ist ein Wandel der gesellschaftlichen Orientierungsmuster feststellbar. Während sich noch bis vor 20 bis 23 Jahren der Staat für seine Bürger verantwortlich und ausführend zuständig sah, wird er in Zukunft mehr die Rolle eines aktivierenden Befähigers übernehmen müssen (Knobloch, 2008). Damit verlieren tradierte Pflicht- und Akzeptanzwerte im öffentlichen Raum an Bedeutung, während Selbstentfaltungswerte wie freier Wille, Individualität und Flexibilität an Bedeutung gewinnen (vgl. Abb. 6). „Die Zukunft ist privat“, kritisiert der Soziologe Andrej Holm den Rückzug der Städte aus der Wohnungspolitik (Die Zeit, 2010). Dieser Wertewandel wird auch die Einstellungen zu großen Teilen des öffentlichen, grünen Freiraums verändern. Die Reduzierung angemessener Grün- und Freiflächenpflege auf die gesetzliche gebotene Verkehrssicherungspflicht, die „Umwandlung“ vormals begrünter Flächen in Asphalt und Beton zur Reduzierung der Pflegekosten (vgl. Abb. 7), der kostenbedingte Verzicht auf pädagogisch sinnvolle, multifunktionale Ausstattung von Kinderspielflächen, die pflanzliche Monotonie öffentlicher Grünflächen, das kommunale Bestreben zur 90-prozentigen Kostenübernahme der Anlieger für einen öffentlichen Park (Tagesspiegel, 2009), die neuen Pflichten der Anlieger im Zusammenhang mit Straßenreinigung (Jacob, 2010): In vielen Städten zeichnet sich ein erkennbarer Verlust von Grün- und Freiraumqualitäten ab.

Bereits im Januar 2001 warnte der Rechnungshof in Berlin vor „Totalverlust von Grünflächen – steigender Vandalismus und kein Geld für bedarfsgerechte Pflege“ (BW, 2001), die Berliner Woche berichtet 2004 „Die Grünanlagen brauchen Pflege“, über „Verwilderte Grünanlagen“ sendet die Berliner Abendschau 10.6.2005, im Berliner Tagesspiegel heißt es am 8. August 2006: „Es grünt zu grün – Unkraut und Gestrüpp wuchern in diesem Jahr wie selten zuvor“ (Buntrock, 2006). Die Allgemeine Zeitung Mainz gibt am 18. Mai 2005 den Hinweis „Wo das Sitzenbleiben gefährdet ist – nur in Kernflächen erneuert die Stadt marode Bänke. Für andere Anlagen ist kein

Geld da“ (Heinze, 2005). Solche Berichterstattung ließe sich bundesweit fortsetzen. Ob Hamburg, Köln oder Münster, die Tendenz ist identisch.

Immer mehr Menschen, aufmerksamen Medien und vorausschauenden Tourismus-, Gesellschafts- und Stadtmarketingexperten beginnt es zu dämmern. Da ist etwas im Gange mit dem Grün – etwas, was langfristig der Stadt und den Menschen nicht guttun wird. Die rasante Dynamik derartiger Wandlungsprozesse lässt die Suche nach neuen Formen der Verantwortlichkeiten, Finanzierung und Zusammenarbeit aufkommen. Neue Konzepte, neue partnerschaftliche Modelle z.B. zwischen der öffentlichen Hand, engagierten Bürgern und privaten Eigentümern, Public Private Partnership (PPP) werden auch für das urbane Grün unabdingbar. Im Übergang vom Versorgungs- zum Gewährleistungsstaat verändert sich nicht nur das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, sondern insbesondere das von Staat, Wirtschaft und Bürgerverständnis.



Abb. 5a und 5b: Stadt Guben, Wohnkomplex vor und nach Stadtumbau

Urbanes Grün: vom BID zum GID?

Business Improvement Districts (BID) entstehen aufgrund gemeinsam erkannter Problemstellungen, z.B. Defizite, Qualitätsverluste im öffentlichen Raum mit der Folge von sozialen Problembereichen, Umsatzeinbußen, Leerstand. Im Gegensatz zum Stadtmarketing steht nicht die Erarbeitung von Leitbildern im Vordergrund, sondern die gezielte Umsetzung konkreter Maßnahmen unter Einbeziehung aller Beteiligten und „BID“-Betroffenen. Durch privates Engagement der ansässigen Bewohner, Grundeigentümer, Mieter sowie der lokalen Wirtschaft (Geschäftsleute/Gewerbetreibende), wird zunächst auf freiwilliger Basis Initiative ergriffen. Der betroffene Geltungsbereich (Straße, Viertel, City), wird räumlich definiert, ein Businessplan (Ziele, Maßnahmen, Kosten) erstellt und eine Standortgemeinschaft (private Gesellschaft, Controlling, Verein o.Ä.) gebildet. Unter Federführung dieser Gemeinschaft wird das Quartiersmanagement unter Einbindung aller Nutzer und Eigentümer in einem vorab definierten zeitlichen



und räumlichen Rahmen realisiert. Die finanziellen Mittel zur Umsetzung von konkreten Einzelmaßnahmen werden durch Mitgliedsbeiträge, die von den Kommunen/der Stadt erhoben werden, bereitgestellt. Auf gesetzlicher Grundlage führt die Standortgemeinschaft Projekte zur Entwicklung der Standorte im Sinne der Stadtentwicklung und -gestaltung durch. Ziele von BID-Maßnahmen sind:

- die Bindung von Kunden, Mietern und Quartiersbewohnern und „damit die Einhaltung innerstädtischer Funktionsvielfalt einschließlich der Dienstleistungs- und Wohnungsnutzungen“,
- die nachhaltige Stabilisierung und Aufwertung urbaner Stadt- und Freiräume
- oder z.B. ein Leerstandmanagement, welches sowohl Leerstände beim Wohnungsbau als auch „Freiraum-Leerstände“ bzw. ungenutzte Freiflächen umfassen kann. (Neumann/Petras, 2005)

Hohe Freiraumqualitäten stellen nicht nur bei den Anwohnern einen entscheidenden Wertfaktor dar. Sie wirken sich gewinnbringend und renditesteigernd auf den Wert von Immobilien und das Image sowie den Umsatz von Geschäften, Restaurants und Hotels aus. Typische Aufgaben des BID im Sinne der Freiraumplanung sind die Pflege-, Reinigungs- und Instandhaltungsarbeiten von Grün- und Parkanlagen, Stadtplätzen und Spielanlagen. Auch Maßnahmen zur Stadtgestaltung (z.B. Gestaltungsrichtlinien für Fassaden) und die baulichen Investitionen (Pflasterung, Beleuchtung, Straßenmobiliar, Pflanzen von Bäumen) mit dem Ziel der Steigerung der Lebensqualität und der Umfeldaufwertung werden durch BIDs angestrebt und erreicht.

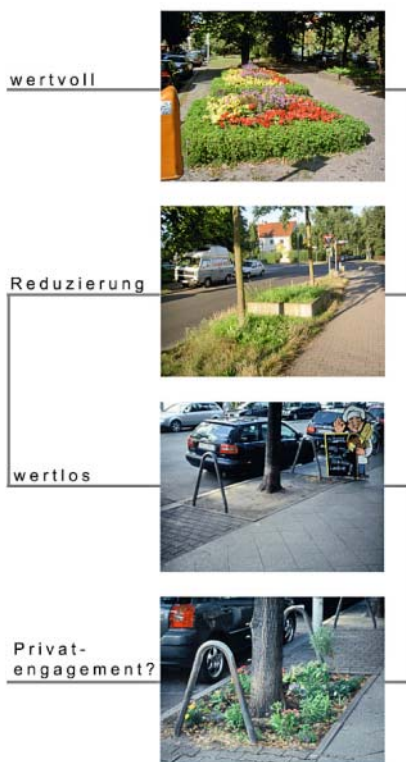


Abb. 6: Individualität und Selbstentfaltung im öffentlichen (Frei-)Raum



Abb. 7: Qualitätsverfall im grünen Stadtraum

Beispiel Park-BID's

In New York wurden mittels BIDs zwei ehemals verwaiste und verwahrloste öffentliche Grünanlagen in neu belebte Parks und Plätze umgewandelt: der Bryant Park und der Union Square. Aufgrund der hohen Kriminalität, der Drogenszene und der Verwahrlosung des Geländes wurde der „Bryant Park“ in den siebziger Jahren gemieden. In den achtziger Jahren setzten Anlieger u.a. aus den Bürohäusern rund um den Park den Impuls zur Gründung eines BIDs. 1988 wurde ein Vertrag mit der Stadt New York abgeschlossen, der das Management und die Verbesserung der öffentlichen Grünfläche für 15 Jahre dem BPRC übertrug. Mit Hilfe zusätzlicher finanzieller Mittel der Rockefeller-Stiftung wurde der Park zu einer grünen Oase revitalisiert. Gepflegter Rasen, Schatten spendende Platanen, viele Stühle und Bänke, welche ständig gepflegt werden, sowie uniformiertes Sicherheitspersonal schaffen eine angenehme Atmosphäre. Die Kosten zur Rekonstruktion des Parks beliefen sich auf 1/6 des früheren City-Managements. Für die Angestellten der Umgebung gilt der Bryant-Park heute als bevorzugter Platz für Freizeit und Erholung im Businessalltag. Er bietet zudem neben Eventprogrammen attraktive Freizeitangebote, wie Boule-Anlagen und natürlich für das Open-Air-Business Wireless Lan. Das Projekt wurde vielfach ausgezeichnet und gilt als Beispiel, wie aus einem Ex-Drogenumschlagplatz eine beliebte Grünanlage mit Veranstaltungsort etabliert werden kann. (Neumann, Hüls, 2006)

BID/GID – neue Chancen für das öffentliche Grün?

Die zur Belebung und Revitalisierung urbaner Quartiersqualitäten initiierten BIDs könnten aus vorsorgender Verantwortung für die qualitativen und kulturellen Aspekte des grünen Freiraumes um GIDs (Greenspace Improvement Districts) ergänzt werden (Neumann/Petras, 2005). Für ein solches privatwirtschaftliches Engagement sind neben der Schaffung einer rechtmäßigen Grundlage neue Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Erfolg ausschlaggebend:



- Definition räumlich eindeutig abgegrenzter Grün- und Freiraumquartiere (Stadtplatz, Park etc.),
- Gründung einer Anlieger- und Betroffenenengemeinschaft (Standortgemeinschaft),
- Erstellen eines Handlungs- und Zielkonzeptes (Business-Plan mit Investitions-, Marketing- und zeitlicher Umsetzungsstrategie),
- Festsetzen einer für die Standortgemeinschaft verbindlichen jährlichen Abgabe (Mitgliedsbeitrag).

So wie BIDs keinen Ersatz für die Aufgaben der öffentlichen Hand darstellen, diese aber ergänzen, sollten auch GIDs nicht die kommunalen Fachbehörden ersetzen. In Ergänzung und Unterstützung, z.B. bei besonderen quartiersbezogenen Anforderungen oder speziellen temporär erforderlichen Grünqualitäten, kann der Rückgriff auf individuelles, bürgerschaftliches Verantwortungsempfinden manch kommunale desolate Versorgungslücke schließen. Auf der Grundlage eines zu Beginn erstellten Business-Plans kann mit der Stadt/Kommune festgelegt werden, wer und in welcher Form Leistungen (Grund- und Zusatzleistungen, Steuerung) zu erbringen hat. Ein wesentlicher Aspekt ist die permanente Öffentlichkeitsbeteiligung und damit die Sicherstellung der Mitwirkung der Grundeigentümer am innerstädtischen Entwicklungsprozess. Die wichtigste Aufgabe und der größte Erfolg der BIDs und vielleicht in Zukunft ebenso der GIDs heißt: Verantwortungsbewusstsein und Bürgersinn schaffen. Denn: Öffentliches Grün, urbane Park- und Gartenanlagen werden immer weniger dem Obligo der Kommune unterliegen. Sie werden verstärkt zur individuellen Gemeinschaftsaufgabe der Anlieger und Bürger.

Ausblick

Vor dem Hintergrund einer Garten- und Parkgestaltung mit Initialfunktion zu über 150 Jahren grüner Stadtentwicklung, weitgehend unter dem Obligo von Staat und Kommune, stellt die Stadt- und Gesellschaftsentwicklung des 21. Jahrhunderts für das urbane Grün eine gewaltige Herausforderung dar. Wo im 19. Jahrhundert für Garten, Park und Landschaft die Sehnsucht des Herrschers nach Präsentation, Phantasie und Repräsentation vorherrschte, im 20. Jahrhundert die Prämisse bei Nachkriegswiederaufbau und dem Zusammenwachsen beider deutscher Staaten lag, steht nun im Rahmen der Spielregeln einer gesellschaftlichen Demokratie im globalen Wettstreit von Städten und Region die Identifizierung der Einwohner und Besucher im Mittelpunkt. Damit wird das Grün der Stadt, werden urbane Natur und Landschaft zu einem neuen natürlichen Wertfaktor, den es niveauevoll „zu hegen und pflegen“ gilt. Ein Wert, der nicht jedem und nicht schnell in seiner Wertigkeit einsichtig ist. Aber Nachhaltigkeit im Umgang mit dem Grün bedeutet eben keine kurzfristige Rendite.

Prof. Dr. Klaus Neumann

Landschaftsarchitekt BDLA, Neumann Gusenburger Landschaftsarchitekten BDLR, Berlin

Beuth Hochschule für Technik Berlin, Fachbereich Landschaftsarchitektur und Umweltplanung, Urbanes Pflanzen- und Freiraum-Management

Quellen:

- Berliner Wochenblatt (BW) (2001): Rechnungshof warnt vor dem Verlust von Grünflächen. 17. Januar
- Berliner Woche (2004): Die Grünanlagen brauchen Pflege. Bezirk sucht freiwillige Helfer. 25. August
- Buntrock, T. (2006): Es grünt zu grün. Der Tagesspiegel, 8. August
- Casdorff, St. (2010): Irgendwo zwischen Himmel und Erde. Alle reden über den Sozialstaat, nur die Kirchen nicht – die sind mit sich selbst beschäftigt. Der Tagesspiegel, 24. Februar
- Dellmann, R. (2009): Abriss weiterer Wohnungen in Brandenburg nötig. Märkische Allgemeine, 30. März
- Heinze, M. (2005): Wo das Sitzenbleiben gefährdet ist. Mainz, Allgemeine Zeitung, 18. Mai
- Holm, A. (2010) Die Zukunft ist privat. Die Zeit, 25. Februar
- Jacobs, St. (2010): Neue Pflichten für die Anlieger. Der Tagesspiegel, 4. März
- Jaeger, F. (2010): Grün ist die Rettung. Der Tagesspiegel, 24. Februar
- Käbmann, M. (2010): Wir brauchen einen Ort der Trauer. Interview. Garten+Landschaft Heft 2, Nachdruck aus der Fachzeitschrift Stein, Heft 1/2010
- Knobloch, Ch. (2008): Gesellschaftlicher Wertewandel – Konsequenzen für die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen. Vortrag 22. Juni 2008, AWO Düsseldorf
- Medrum (2009): Erzbischof Zollitsch über Zahl der Kirchenaustritte beunruhigt. Christliches Informationsforum Medrum, 26. September
- Neumann, K. (2004): Armut, die reich machen kann? Sonderheft: Urbaner Gartenbau, Stadt + Grün Neue Landschaft, März
- Neumann, K. (2005): Paradigmenwechsel beim öffentlichen Grün? Dokumentation, Stadtforum Potsdam, Juni
- Neumann, K./Petras, S. (2005): BIDs und GIDs fürs Grün? Ansätze für eine neue urbane Freiraumverantwortung. Stadt und Grün, Heft 9
- Neumann, K. (2005): Stimmen die praxisüblichen Werte im Zusammenhang mit Ausgleich und Ersatz für Bäume. Jahrbuch der Baumpflege 2005. Thalacker Medien
- Neumann, K. (2006): Wert und Wertigkeit von Grünflächen. In: Niesel, A. (Hrsg.) Grünflächen-Pflege Management. Ulmer Verlag
- Neumann, K./Hüls, M. (2006): Freiraum und Gärten als Marketing- und Sicherungsinstrumente. Aufbereitung praxisorientierter Wertschöpfungsstrategien für die urbane Freiraumentwicklung. Forschungsassistent III. Technische Fachhochschule Berlin. Hrsg.: Görlitz, G./Wortmann, S.
- Neumann, K. (2008): Von Dom zu Dom – Das blaue Band der Havel. Inwertsetzung der Havel-Fluss-Kulturlandschaft durch eine Bundesgartenschau. Stadt und Grün, Heft 9
- Oloew, M (2004): Grünende Landschaften. Der Tagesspiegel, 17. Oktober
- Schelbert, H. (1997): Wertvolle Natur. Was kann die Ökologie zur Erhaltung der Natur in der Stadt beitragen? Stadt und Grün, Heft 1
- Schultheiss, G. (2006): Der Holzweg führt durchs Zwischengrün. Der Tagesspiegel, 15. Oktober
- SenStadt, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (2006): Friedhofsentwicklungsplan.
- Statistisches Bundesamt Deutschland (2010): Bevölkerung im Osten Deutschlands wird besonders schnell zurückgehen und altern. Pressemitteilung Nr. 60, 23. Februar
- Stimmann, H. (Hrsg.) (2009): Berliner Altstadt. Dom publishers. In: Der Tagesspiegel, 19. Mai
- Strauß, St. (2004): Tierhalter fordern Hundepark. Berliner Zeitung, 16. November
- Wiens, B. (2009): Wird die Landschaft zum Gesetz der Stadtentwicklung? Stadt+Grün, Heft 8